

Rechte Europa-Kontroversen: der Fall der Fidesz-Regierung

Matyas Benyik

Die ungarische Fidesz-Regierung ist für viele rechtsnationalistische Gruppierungen in der EU zu einem Leitbild geworden. Der Beitrag zeichnet die Europa-Konzeptionen von Fidesz vor dem Hintergrund der starken Rechtsentwicklung der Partei in den letzten 25 Jahren nach.

Die Rechtsentwicklung von Fidesz¹

Die Geschichte des Bundes der Jungen Demokraten (Fidesz – Fiatal Demokraták Szövetsége) ist ein spezieller Fall. Fidesz hat die politische Bühne Ungarns als eine Formation eigener Art betreten: Ihre Gründer und Führer waren zuvorderst junge Leute. Jene 37 Studenten und frische Universitätsabgänger, welche die Gründungserklärung unterzeichneten, waren Mitglieder einer Elitebewegung, die in Studentenwohnheimen wohnten. Viktor Orbán war einer der Gründer von Fidesz – zusammen mit vielen anderen Politikern, die heute bedeutsame Posten in Ungarns politischer Szene besetzen. Ende 1989 definierte sich Fidesz selbst als eine radikale, liberale und alternative Organisation. Anti-Kommunismus ist allerdings von Beginn an bis heute eine Grundkomponente von Fidesz geblieben.

Die Parlamentswahlen von 1990 gewann das gemäßigt konservative Ungarische Demokratische Forum (MDF – Magyar Demokrata Fórum). Allerdings wurde der Wandel des Parteiensystems in den frühen 1990er Jahren stark durch Ungarns beide damalige liberale Parteien, den Bund Freier Demokraten (SZDSZ – Szabad Demokraták Szövetsége) und Fidesz, beeinflusst.

Die politische Wende nach rechts von Fidesz begann bereits vor dem Wahldebakel von 1994, als Fidesz sich von ihrem liberalen Zugang abwandte und sich in Richtung auf die konservativ-rechte Seite des politischen Spektrums bewegte. Der erste – und entscheidende – Teil der politischen Neupositionierung war bis 1994 abgeschlossen: Mit der Fortbewegung aus der politischen Mitte war Fidesz nicht länger eine liberale Partei, aber sie war auch noch nicht konservativ.

Das Ungewöhnliche an der politischen Positionsveränderung und ideologischen Erneuerung von Fidesz war, dass sie auf einer Fehlwahrnehmung der Realität, der erzwungenen Suche nach Identität und einem „Alles-oder-Nichts“-Denken ihrer Führer statt auf einer pragmatischen, auf der Anziehung von WählerInnen gerichteten Logik gründeten. Die Liquidierung der innerparteilichen Demokratie und der Ausschluss der Opposition führten zur Schaffung einer Organisation charismatischen Charakters. Die alten-neuen Führer fanden ihre permanente Identität und Fidesz wurde nun zu einer führenden Kraft, die sich auf der Siegerstraße befand, im rechten Spektrum der ungarischen Politik.

1998 erlebte die politische Szene Ungarns den ersten Wahlsieg von Fidesz und Viktor Orbáns erste Bestellung zum Premierminister. Die Partei begann sich noch mehr nach rechts zu bewegen, was auch durch ihre Koalition mit dem MDF und der Partei der Klein-

landwirte (FKGP – Független Risgazda Párt) deutlich wurde. Orbán gewann gleichzeitig immer mehr Macht in seiner Partei.

Trotz ihres ersten Wahlsieges gelang es Fidesz nicht, auch die Wahlen von 2002 zu gewinnen. Die Parlamentswahlen von 2002 und 2006 brachten jeweils einen Erfolg der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP – Magyar Szocialista Párt), was bis dahin noch keine Partei im Nachwende-Ungarn geschafft hatte. Die zweite Amtszeit von MSZP war wegen einer ganzen Anzahl von Skandalen und der Krise von 2008, die zu einem Rücktritt des Premierministers Ferenc Gyurcsány führten, allerdings ziemlich erfolglos.

Die noch weiter nach rechts gerückte Fidesz nutzte die Gelegenheit, um zu behaupten, dass es zu einer politischen Transformation Ungarns noch nicht gekommen sei, da die alte kommunistische Elite immer noch das politische Alltagsleben infiltriere. Fidesz versprach hingegen seinen WählerInnen einen wirklichen politischen Wandel. 2010 errang die Partei einen erdrutschartigen Sieg. Fidesz nahm an der Wahl in einer Listenverbindung mit der Christdemokratischen Volkspartei (KNDP – Kereszténydemokrata Néppárt) teil und sicherte sich eine Zweidrittelmehrheit der Parlamentssitze. Dies war ein beispielloser Sieg, der es Fidesz ermöglichte, das rechtliche und politische System tiefgreifend zu verändern.

Der Aufstieg von Fidesz seit 2010²

Durch den überwältigen Wahlsieg erlangte Fidesz die Möglichkeit, grundlegende Veränderungen an Ungarns Verfassung und Gesetzgebung vorzunehmen. Einige Veränderungen hatten wichtige rechtliche Konsequenzen wie die Herabsetzung des Pensionsalters für RichterInnen und die Schaffung einer neuen Behörde für die Medienaufsicht. Andere Änderungen wie die Veränderung des offiziellen Landesnamens³ und die Definition des Familienkonzeptes, die gegenüber Individuen mit anderer sexueller Orientierung diskriminierend ist, hatten symbolische Bedeutung. Viele dieser Veränderungen fanden Eingang in das Grundgesetz (das zuvor Verfassung genannt wurde), das nach seiner Verabschiedung mehrfach novelliert wurde.

Gesetzesmaßnahmen der Regierung wie das Mediengesetz und die neue Verfassung wurden von der EU und der Venedig-Kommission scharf kritisiert. Bereits in seiner ersten Rede vor dem Europaparlament sah sich Orbán mit scharfer Kritik konfrontiert. Diese „Angriffe“ führten zu einer Veränderung von Orbáns Rhetorik gegenüber Brüssel. Sie wurde immer kritischer.

Der Wandel in Orbáns Rhetorik trat erstmals am 15. März zu Tage, als er betonte, dass Ungarn auf seiner nationalen Souveränität beharre und keine „ungebetene Hilfe von Ausländern“ braucht. Er verglich die EU mit der früheren Sowjetunion und hielt fest, dass für sein Land „Freiheit heißt, dass wir über die Gesetze, die unser Leben regieren, entscheiden, wir entscheiden, was wichtig ist und was nicht.“ Seitdem hat Orbán immer wieder scharfe Worte gegenüber Brüssel gefunden.

Das Frühjahr 2014 brachte zwei wichtige Ereignisse, nämlich die Wahlen für das ungarische und Europaparlament. Wenig überraschend waren erstere wichtiger für das Land und seine Regierung. Die Wahlen zum Europaparlament spiegelten das nationale Wahlergebnis wider.

Die Fidesz-Wirtschaftspolitik

Als roter Faden der wirtschaftspolitischen Veränderungen zwischen 2010 und 2015 in Ungarn zieht sich deren diskriminatorischer Charakter. Das heißt, dass einige Firmen

und/oder staatliche Einrichtungen unterstützt wurden, während andere Firmen, vor allem ausländischer Investoren, negativ betroffen waren. Die entsprechenden neuen Gesetze, Verordnungen, Regulierungen bzw. tagespolitische Praktiken waren im offenen Konflikt mit Buchstaben und Geist des *Acquis Communautaire* der EU. Hierbei spielten die ungarischen Behörden auf Zeit. Ihre Annahme war – und wie sich zeigen sollte zurecht – dass es Jahre dauern würde, bis die EU-Maschinerie zu einem Verdikt gelangte und Ungarn als Mitgliedsstaat instruierte, die entsprechende Gesetzgebung abzuändern. Auch frühere ungarische Regierungen griffen zu diskriminierenden Praktiken, aber diese waren für die betroffenen Firmen nicht so kostspielig und wurden auch nicht mit der selben Brutalität durchgesetzt.

Die 36 diskriminierenden regulatorischen Veränderungen der Orbán-Regierung betrafen zwischen 2010 und 2015 die folgenden Gebiete:

1. Beschränkungen bei internationalen Wirtschaftsbeziehungen;
2. Zentral kontrollierte Preise;
3. Sondersteuern und –steuererleichterungen;
4. Beschränkungen für die Arbeit von Firmen;
5. Beschränkungen bezogen auf das Wettbewerbsgesetz;
6. Die Schaffung künstlicher Monopol- und Oligopolsituationen.

In der 600-Seiten-Monographie von György Matolcsy⁴, dem Gouverneur der Ungarischen Nationalbank (MNB), die sich speziell mit den Jahren 2010 bis 2014 beschäftigt, sind die diskriminierenden Politikmaßnahmen mit keinem Wort erwähnt. Wir können diesbezügliche Argumente nur an zwei abgelegenen Stellen finden. Das weniger wichtige Argument ist, dass diskriminierende Behandlung zwischen 2010 und 2012 auf Widerstände der MNB zurückging, da fiskalische Konsolidierung ohne Veränderungen der Geldpolitik erzielt werden musste. Nach 2013, also der Übernahme der MNB durch Matolcsy, wurde dieses Argument automatisch gegenstandslos.

Matolcsys wichtigeres Argument bezieht sich auf die Kritik der selbst-regulierenden Märkte. Ohne Marx direkt beim Namen zu nennen, kommt Matolcsy faktisch auf eine Grundidee von Marx zurück, nämlich, dass „Staatliche Regulierung notwendig ist, wenn der Markt erst nachträglich Korrekturen vornimmt, weil die nachträgliche Korrektur theoretisch einen höheren Preis haben kann als eine vorherige Regierungsregulierung“.

Im Herbst 2014 kam ein zusätzlicher Aspekt des ungarischen Regierungsstils, nämlich eine neue Art der Wirtschaftspolitik, zum Tragen.⁵ Treibende Kraft hinter dieser Entwicklung war, was als innere Interessen des Landes wahrgenommen wurde. Die bedeutsamsten Maßnahmen dieser „partikularistischen“ Wirtschaftspolitik umfassten die Besteuerung der Banken, die Nationalisierung von Versorgungsbetrieben und die Einführung von Steuern, die eindeutig gegen ausländische Spieler gerichtet waren (z.B. die Werbesteuer). Auch wenn der Weg ihrer Verabschiedung gesetzeskonform war, waren sie in ihrem Ziel klar gegen EU-Regeln gerichtet. Ende Oktober 2015 kam es in der politischen Szene Ungarns zum Aufruhr, der durch eine ganze Reihe von Protesten, die sich gegen die Einführung einer neuen und in ihrer Form einzigartigen Steuer auf das Internet richteten, ausgelöst wurde. In dieser Frage ruderte die Fidesz-Regierung zurück. Einerseits war die öffentliche Empörung ein Grund für diese Kehrtwende, andererseits scheinen der Unmut einiger rechter PolitikerInnen und der Mangel an einhelliger Unterstützung in der Fidesz-Partei selbst noch stärker ausschlaggebend gewesen zu sein.

Die Ankündigung der Rücknahme der Internet-Steuer gab der Vermutung neuen Auftrieb, dass diese nur ein Manöver zur Ablenkung von wichtigeren politischen Ereignissen,

beispielweise der Verhängungen eines US-Einreiseverbots über sechs hochrangige ungarische Amtsträger wegen Korruptionsverdachts, war. Diese US-Maßnahme vom Mitte Oktober 2015 kann als ernster diplomatischer Vorfall gewertet werden. Sie verschärfte die bereits bestehenden Spannungen zwischen Ungarn und den USA.

Eine weitere wesentliche Initiative der ungarischen Regierung war die Initiierung bilateraler Wirtschaftsgespräche mit Russland trotz der bestehenden EU-Sanktionen. Dies warf Fragen zu Ungarns Loyalität gegenüber der gemeinsamen Außenpolitik auf. Ungarn traf zudem kompensierende Maßnahmen für ungarische Produzenten. Ungarn setzt sich weiterhin für das South Stream-Pipeline-Projekt ein, obwohl alle entsprechenden Aktivitäten auf EU-Ebene eingefroren worden waren. Die Regierung schloss weiters einen langfristigen Atomvertrag mit Russland, der u.a. einen wichtigen Kredit für das AKW in Paks in Ungarn umfasst.

Da das Agieren der ungarischen Regierung eindeutig wirtschaftlich motiviert ist, kann angenommen werden, dass sie die Ziele hinter den EU-Sanktionen außer Acht lässt. Diese Sichtweise wird durch die Stellungnahme des Außenwirtschafts- und Außenministers, Péter Szijjártó, in einem Interview, dass Ungarn eine „Ungarn-freundliche“ Politik, welche die ungarischen Interessen schützt, verfolgt, gestützt.

Diese Beispiele zeigen die wachsende Distanz zwischen Ungarn und seinen westlichen Alliierten auf. Vielleicht sollte Orbáns Ankündigung aus dem Sommer 2014 über den Aufbau „eines illiberalen Staates, der auf nationale Grundlagen gegründet“ ist und einer Annäherung an Russland letztlich ernst genommen werden. Ungarns Isolation von der EU und dem Westen ist eine offensichtlich sorgfältig geplante Strategie mit fraglich langfristigen Wirkungen.

Obwohl Péter Szijjártó über die den ganzen Erdkreis gereist ist und unbedeutende Abkommen mit überwiegend wenig bedeutenden Ländern unterzeichnet hat, kann von Politik der Ostöffnung kein bedeutsamer Fortschritt erwartet werden.

Es ist nachvollziehbar, dass die Regierung eine möglichst weitreichende Diversifizierung ihrer Handelspartner erreichen will. Aber ein wirklicher Fortschritt ist hier nicht möglich und vielleicht auch nicht nötig. Deutschland und die hauptsächlich westlichen Handelspartner sind verlässlicher. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Exporte auch weiterhin vor allem dort ihren Absatz finden. Bereits jetzt kommen 70% der Importe und gehen 75% der Exporte in den „niedergehenden Westen“.⁶

Das Orbán-Phänomen

Orbán hat Fidesz in eine Partei transformiert, die zunehmend durch eine Kombination von Nationalismus, Autoritarismus und Populismus angetrieben sein scheint.

Fidesz möchte eher die Bedeutung von Ungarns Grenzen als die Grenzen selbst verändern. Die Partei hat versucht, dies zu tun, indem sie allen „ethnische UngarInnen“ die Staatsbürgerschaft Ungarns verleiht, obgleich sie wünscht, dass die in ihren angestammten Ländern des Vor-Trianon-Ungarn verbleiben.

Der Nationalismus wird mit Autoritarismus kombiniert. So geht die Regierung zunehmend gegen Medien und NGOs vor, die sie als „illoyal“ gegenüber der Nation (d.h. Orbán und Fidesz) hält. Und sie kombiniert den Nationalismus auch mit starkem Populismus, der Orbán als die authentische Stimme des ungarischen Volkes, das sich gegen linke Verschwörungen wehrt, präsentiert.⁷

In einer Rede an der Bálványos Offenen Sommeruniversität und dem dortigen Studen-

tInnenlager in Rumänien erklärte Orbán im Juli 2015: „Worum es heute geht, das ist der europäische Lebensstil, das Überleben oder das Verschwinden europäischer Werte und Nationen oder deren Transformation bis zur Unkenntlichkeit ... Wir möchten Europa für die Europäer bewahrt sehen. Aber es gibt etwas, was wir nicht nur möchten, sondern wollen, weil es nur von uns abhängt: Wir wollen ein ungarischen Ungarn bewahren.“

Orbán ist nun der allmächtige Herrscher Ungarns. Er warnt nicht allein im Hinblick auf „das Überleben oder das Verschwinden europäischer Werte und Nationen“, sondern er organisierte auch xenophobe Referendumskampagnen und ließ Stacheldrahtzäune an Ungarn Südgrenzen errichten.

In den letzten sechs Jahren hat Orbán Ungarns Aktiva aufgesaugt. Dies soll ihm und seiner engsten Umgebung zu Gute gekommen sein. Das ist kein Geheimnis. Seine Kleptokratie ist ausführlich studiert worden. Allerdings gibt es eine Tendenz, dies als eine traurige, weit entfernte und vertraute Geschichte eines weiteren Autokraten in einem Land, das mit der Transition zur Demokratie kämpft, zu sehen.⁸

Nachdem er den ungarischen Staat nach seinem Willen geformt, seine innenpolitischen Gegner zermalmt und politische Kleingeld aus Europas MigrantInnenkrise gezogen hat, hat Orbán nun die immigrationsfreundlichen Eliten, die laut Orbán Europas Nationen von Innen zerstören wollen, ins Visier genommen. Gemeinsam mit Jaroslaw Kaczyński, dem De-Facto-Führer Polens, verspricht er eine „kulturelle Konterrevolution“ in Europa, die auf der Verteidigung von Nation, Familie und Christentum gründet.⁹

Seit Anfang Jänner 2015 hat Orbán begonnen, seine feindselige Rhetorik gegen ImmigrantInnen zu richten. Mehrfach hat er geäußert, dass Ungarn den Ungarn gehöre und nicht jeden Willkommen heiße, der sich in dem Land niederlassen wolle. Die Motivation hinter der extremen Rechtswende von Fidesz und auch der Schlüssel zu Orbáns Erfolg könnte die Anziehung von mehr und mehr rechten WählerInnen sein. Ein anderes, noch gefährlicheres Szenario könnte ebenfalls entstehen: eine engere Kooperation zwischen Fidesz und Jobbik als je zuvor.

In der ersten Hälfte 2015 – bevor die Flüchtlingskrise große öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hatte – hatte Fidesz massiv an Unterstützung an die weit rechts stehende Jobbik verloren. Orbán brachte den Abschwung seiner Partei und den Aufschwung von Jobbik, der zunächst unaufhaltsam geschienen hatte, zum Halten. Zweifellos ist dies zum großen Teil dem Anfachen öffentlicher Ängste vor MigrantInnen zuzuschreiben. Das Thema brachte auch erfolgreich Korruptionsnachrichten von den Titelseiten der Zeitungen weg.¹⁰

Die Zukunft der EU¹¹

Die Immigrationskrise hat die Aufmerksamkeit auf die Zukunft Europas gerichtet. Aus Fidesz-Sicht gibt es zwei Visionen, das Konzept der pragmatischen Nationen Europas und jenes des supranationalen Europa, das von linksliberalen Ideen durchdrungen ist. Hierbei bleibt die offizielle Position von Fidesz mit Unschärfen verbunden. Um einen Austritt geht es nicht, eher um die Beeinflussung von EU-Positionen und eine Maximierung der Vorteile der EU-Mitgliedschaft.

Für Fidesz ist es eine große Frage, ob die westliche Elite zu einem Politikwechsel in der Lage ist, denn Europa könnte mehr als nur einer lang andauernden Migrationskrise gegenüber sehen. Schritte zu einer Stärkung des Europäischen Marktes und der geopolitischen Interessen des Kontinents sollten anerkannt werden. Ein ausreichend starkes legitimes Regulierungszentrum in der EU wäre notwendig. Es ist fraglich, ob eine pragmatische

Einheit der Visegrád-Länder der Bewährungsprobe einer Debatte über die Zukunft der EU standhalten würde.

Am 7. September 2016 gab es eine Podiumsdiskussion der fünf Parlamentsparteien unter dem Titel „Gibt es eine Zukunft der ungarischen Wirtschaft außerhalb der EU?“. Ähnlich wie der Jobbik-Vizepräsident Daniel Z. Karpati war der Fidesz-Staatssekretär Nandor Csepreghy der Meinung, dass eine Kritik des gegenwärtigen Modus operandi der EU nicht heiße, die EU verlassen zu wollen. Vielmehr wolle seine Partei sich mit dem Problem auseinandersetzen, dass wir „nicht dieser EU beigetreten sind“. Csepreghy bestätigte, dass es einen Konsens unter den Teilnehmern gebe, dass Ungarns Platz in der EU ist. Für Csepreghy kam mit dem Brexit ein jahrzehntelanger Integrationstrend zu einem Halt und kehrte damit die Frage, was die Mitgliedschaft wirklich für die einzelnen Mitgliedstaaten bedeute, in die Debatte zurück. „Die EU würde nicht die Vereinigten Staaten von Europa wie die USA werden, weil die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu groß sind“, fügte Csepreghy hinzu. Aus seiner Sicht, sollten wir auf der Grundlage der Realität lernen, wie wert- und interessenbasierte Politik in Einklang gebracht werden kann.¹²

Nach dem Treffen mit dem Stanisław Karczewski, dem Präsidenten des polnischen Senats, in Budapest erklärte Premierminister Viktor Orbán am 13. September 2016: „Es besteht eine vollkommene Übereinstimmung zwischen Ungarn und Polen über die Zukunft der EU und den meisten Fragen bezüglich der Migrationskrise.“¹³

Nach einem gemeinsamen Inspektionsbesuch an der bulgarisch-türkischen Grenze mit dem bulgarischen Premierminister Bojko Borissov erklärte Orbán: „Ein Jeder muss verstehen, dass Europas Zukunft nicht in Brüssel, sondern hier, wo wir an der bulgarisch-türkischen Grenze stehen, entschieden wird.“ Zur Frage des Schutzes der bulgarischen Grenze führte Orbán weiters aus: „Bulgarien verteidigt sich unerbittlich, keine Spuren von ‚Naivität‘ sind erkennbar, man kommt mit europäischem Bla-Bla nicht weit, und Vorichtsmaßnahmen sind hier nötig.“¹⁴

In einem langen Interview mit dem Zeitung „Lokal“ erklärte Orbán weiters: „Laut den Umfragen sind, wir, die Ungarn, eines der Europäischen Union am stärksten verpflichteten Länder. Ein anderer Punkt ist, dass die derzeitige Politik verändert werden muss, aber unser Engagement für eine gemeinsame Zukunft Europas bleibt stark. Tatsächlich wünschen wir Veränderungen gerade für die Bewahrung Europas, das wir alle liebe, als unsere Heimat sehen und für das wir so viele Opfer gebracht haben.“

Orbán sieht die Gefahren der Migration für die ungarische Gesellschaft so: „Erstens, und vor allem, geht es um die allgegenwärtige Sicherheit. Die Einwanderer werden durch Versprechungen der Prosperität getäuscht und zur einer gefährlichen Reise über tausende von Kilometern angereizt. Es ist eine unmenschliche Angelegenheit, wenn jemand gezwungen oder angereizt wird, in einem anderen Land zu leben, wo er mit einer ganzen Reihe von Enttäuschungen konfrontiert wird. Und jene, die enttäuscht werden, werden zornig. Die Masse der betrogenen Immigranten schafft eine beständige Konfliktquelle. Und nicht zu vergessen, dass einige der zornigen Männer durch Terroristen rekrutiert werden. Außerdem teilen die Immigranten nicht die europäischen Werte. Wir Europäer respektieren zum Beispiel die Frauen und sehen sie als Gleiche, während ihre Sitten anders sind. In allen europäischen Gesellschaften gibt es eine Einigung auf die Monogamie, Polygamie ist eine strafrechtliche Kategorie – für Immigranten ist das ganze Gegenteil der Fall. Die europäische Rechtsordnung und das Islamische Gesetz können nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Sich um die Immigrantenmassen zu kümmern, bedeutet eine Bürde für unsere Ökonomie. Ihre Versorgung und Ausbildung kostet eine Menge

Geld, während es viele Millionen an Arbeitslosen in Europa gibt. Veränderungen in den ethnischen, religiösen und kulturellen Proportionen sind auch kein zu vernachlässigender Faktor. Im Fall der ungarischen Gemeinschaften, die in den Tiranon-Nachfolgestaaten leben, sehen wir, was passiert, wenn eine Minderheit plötzlich eine Mehrheit wird. Binnen einer Lebensspanne kann der Boden unter ihren Füßen weggezogen werden (...)“¹⁵

Zwölf Jahre nach ihrem EU-Beitritt ist erstmals die Frage nach der Solidarität der zentral-europäischen Länder mit dem Rest der EU aufgetaucht. Von den Ländern der Region ist verlangt worden, die Bürde der Migration durch Verteilungsquoten mitzutragen, und sie haben das abgelehnt. Dies heißt jedoch nicht, dass diese Länder die EU-Solidarität zerstören, denn eine solche Solidarität hat gar nicht erst existiert. Die EU-Länder haben in der Vergangenheit Ländern mit vergleichbarem Migrationsdruck wie Spanien nie geholfen.¹⁶

Ungarn war ein Haupteintrittsort in die EU für MigrantInnen aus dem Nahen Osten, so dass es einen Transitort für MigrantInnen, die sich in Europa niederlassen wollten, wurde. Die Orbán-Regierung reagierte mit dem Bau eines Stacheldrahtzaunes von 110 Meilen entlang der Grenze zu Serbien. Heute warten Tausende in der Hoffnung darauf, in die EU zu gelangen, an dieser Grenze – während andere Wege finden durch den Zaun durchzukommen.

Die frontalste Positionierung zur Migration kommt von Orbán, der die Notwendigkeit der Sicherung der EU-Außengrenzen betont. Orbán will die Migration beenden, während die Europäische Kommission sie bloß zu organisieren versucht. Dies ist der Hauptwiderspruch der unterschiedlichen vorgeschlagenen Lösungen. Die Drohung mit einer Suspendierung der EU-Fonds und die Behandlung der zentralosteuropäischen Länder als Mitglieder zweiter Klasse hilft auch nicht bei der Schaffung von Einheit.

Die Anti-Migrationsrhetorik von Viktor Orbán und dem tschechischen Präsidenten Miloš Zeman ist abstoßend und rassistisch. Orbáns Referendum zu dem MigrantInnenquoten am 2. Oktober 2016 war eine offene Herausforderung an Brüssel. Obgleich die Referendumsbeteiligung nicht die für eine Verbindlichkeit notwendige Schwelle erreichte, ist es doch eine bedenkliche Botschaft der Feindseligkeit gegenüber der EU.

Weiters ist die politische Kommunikation in vielen Ländern zeitweise direkt feindselig gegenüber der EU und sind, zumindest auf politischer Ebene, eine wachsende Skepsis gegenüber eine zukünftigen Integration und ein verstärktes Insistieren auf mehr nationaler Souveränität zu beobachten. Dies stärkt den Einfluss euroskeptischer Ideen und fädelt sie in den Mainstream europäischer Politik ein. In den letzten Jahren hat Fidesz die angeblichen Versuche Brüssels, auf die ungarischen Angelegenheiten Einfluss zu nehmen, ohne Unterlass hervorgehoben und eine fundamentales Neuarrangement der supranationalen Organisation verlangt, dass dem Zentrum weniger Macht gäbe.¹⁷

Die Spaltung über die Frage der EU-Reaktion auf die Flüchtlingskrise und die Art und Weise, wie diese in einigen mittelosteuropäischen Ländern kommuniziert wurde, zeigt an, dass es in dieser Frage um mehr als nur einen Dissens über die diesbezügliche Politik geht. Dies sieht zunehmend wie ein weiteres Symptom einer grundlegenden Spaltungslinie zwischen dem, was man den westlichen Kern der EU nennen könnte, und großen Segmenten der in jüngerer Zeit neu beigetretenen östlichen Mitgliedsstaaten aus. Die EU musste sich in ihrer Geschichte immer wieder mit Ländern und Regierungen auseinandersetzen, welche die Integration zu einem Halten bringen oder sogar umkehren wollten. Mit dem Aufstieg von PopulistInnen quer durch die EU brauen sich allerdings parallel mehr Stürme zusammen als vielleicht je zuvor in ihrer Geschichte. Obwohl es zwischen diesen wichtige Überschneidungen und Gemeinsamkeiten gibt, ist der wachsende Euro-Skeptizismus in

Westeuropas nicht ganz das Gleiche wie die spezifische Herausforderung, welche die Dominanz osteuropäischer PopulistInnen darstellt. Dementsprechend müssen sich die Strategien im Umgang westlicher euro-skeptischer Bewegungen zumindest in einem gewissen Ausmaß von der Art und Weise unterscheiden, mit welcher die Europäische Union den Spannungen mit ihren neuen Mitgliedsstaaten in Mittelosteuropa begegnet. Die Fähigkeit der EU, eine solche Strategie zu identifizieren und neue Wege der Interaktion mit ihren ostmitteleuropäischen Ländern zu finden, wird eine der Schlüsseldeterminanten für ihre Fähigkeit zur Fortsetzung des Integrationsprojektes sein.¹⁸

Budapest, 17. Oktober 2016

(Übersetzung aus dem Englischen: Joachim Becker)

Anmerkungen

- 1 Nasty Discord. Party Change – The Political Shift of Fidesz. (<http://www.europtarsasag.hu/about-hes/pulikaciok/rut-partviszaly-partok-es-valtozasok-a-fidesz-politikai-fordulata>)
- 2 Czina V. und T. Surmava (2015) The rise of populist and extremist parties in the EU. The case of Hungary and Austria. PDU Study 1/2015, May 2015 (www.democraticunion.eu/wp-content/uploads/2015/06/pdu-study-2015-1.pdf)
- 3 Aus dem Landesnamen wurde „Republik“ getilgt. Statt „Republik Ungarn“ heißt das Land jetzt einfach „Ungarn“ (Anm. d.Ü.).
- 4 Matolcsy, György (2015) Economic Balance and Growth. Consolidation and stabilisation in Hungary, 2010–2014. Budapest
- 5 Czina, V. und T. Surmava (2015)
- 6 http://tenytar.blog.hu/2014/02/25/keleti_nyitas_negy_ev_valodi-attorek_nelkul
- 7 Mudde, C.: The Hungarian PM made a “rivers of blood” speech ... and no one care. In: The Guardian, 30. Juli 2015 (www.theguardian.com/commentisfree/2015/jul/30/viktor-orban-fidesz-hungary-prime-minister-europe-neo-nazi)
- 8 Krushel, K.: Biting the E.U. That Feeds Him. In: The New York Times, 6. Oktober 2016. (www.nytimes.com/2016/10/07/opinion/biting-the-eu-that-feeds-him.html?_r=2)
- 9 The Wizard of Budapest. In: The Economist, 8.10.2016 (www.economist.com/news/europe/21708252-viktor-orban-succeeds-only-because-europe-cannot-hold-together-wizard-budapest)
- 10 Györi, G. (2016) The Political Communications of the Refugee Crisis in Europe in Central and Eastern Europe. Policy Solutions and FEPS. Budapest/Brüssel (www.policysolutions.eu/userfiles/elmzes/245/political_communication_of_the_refugee_crisis_in_cee.pdf)
- 11 Fodor, Cs. (2016) Fókuszban Európa jövője (The Future of Europe in Focus). In: Nézopontok blog (www.nezopontok.hu/2016/01/04-fokuszbzan-europa-jovoje/)
- 12 http://index.hu/gazdasag/2016/09/07/otparti_vita_eu_eu-tagsag_csepreghy_mesterhazy_schmuck_z_karpat_bodnar/
- 13 <http://pestisracok.hu/ugyanuguy-latja-europa-jovojet-orban-viktor-es-lengyel-szenatus-elnoke/>
- 14 <http://pestisracok.hu/illegalis-bevanderlas-orban-bolgar-torok-hataron-europa-jovoje-itt-dol-el/>
- 15 www.lokal.hu/2016-09-magyarorszag-az-otthonunk-meg-kell-vedenunk/
- 16 <http://carnegieeurope.eu/strategieurope?fa=64787>
- 17 <http://thefederalist.com/2016/10/05/hungarys-reaction-migrant-crisis-showsglobalism-breakting/>
- 18 Györi (2016), S. 75 f.